

ZIEL 14: AUF KURS FÜR DEN SCHUTZ DER MEERE

Daniel Günther, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein

Mit dem 14. Nachhaltigkeitsziel „Leben unter Wasser“ setzt die Agenda 2030 der Vereinten Nationen ein klares Signal: Die Ozeane unserer Welt sind von unschätzbarem Wert. Es lautet konkret „Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen“. Dieses Ziel legt den Fokus auf den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Weltmeere und ihrer Ressourcen.

Der Schutz und die Wiederherstellung mariner Ökosysteme sowie der Erhalt der Artenvielfalt im Meer sind die Ziele. Ebenso die drastische Reduktion der Meeresverschmutzung – ein Kampf gegen Müllberge, Plastikfluten, Nährstoffeinträge und andere Substanzen. Auch die Überfischung der Meere soll verhindert werden. Um die Fischbestände zu erhalten, muss auf nachhaltige Fischereipraktiken umgestiegen werden.

Dazu ist verstärkte Forschung über das Meer und dessen Bedeutung unverzichtbar. Nur so können wir ein besseres Verständnis für die Folgen menschlichen Handelns auf die Meere entwickeln und Lösungen finden, die uns beim Schutz der Meeresumwelt voranbringen.

Aus schleswig-holsteinischer Perspektive ist es positiv, dass mit dem Ziel „Leben unter Wasser“ die entscheidende Rolle der Ozeane für das globale Ökosystem anerkannt wird. Schleswig-Holstein ist das einzige



Daniel Günther, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, beim Besuch der Ausbildungsmesse des öffentlichen Dienstes am 17. Februar 2023 im Kieler Citti-Park (Foto © Staatskanzlei Schleswig-Holstein)

Bundesland zwischen zwei Meeren. Viele Menschen bei uns leben von und mit dem Meer. Angesichts von über 1.100 Kilometern Küstenlinie sind maritime Themen bei uns allgegenwärtig: Es geht um die Vereinbarkeit von Tourismus und Umweltschutz, die Auswirkungen des Klimawandels etwa auf unser Wattenmeer und um die Bergung von Munitions-Altlasten in Nord- und Ostsee.

Der Landesregierung liegt daher das 14. Nachhaltigkeitsziel besonders am Herzen. Schleswig-Holstein nimmt hier eine Vorreiterrolle ein. Vor allem die Förderung der Meeresforschung steht dabei für uns im Zentrum. Die Meeresforschung ist daher auch ein

zentraler Schwerpunkt in unserer Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Ein Leuchtturm auf diesem Gebiet ist unser GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEOMAR), eine wichtige Institution sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene in der Meeresforschung.

Die Forschenden des GEOMAR glänzen in Disziplinen wie der physikalischen Ozeanographie, der marinen Biologie, der Meereschemie und der Tiefseeforschung. Ihre Forschungsergebnisse haben bereits viel beitragen können zu einem besseren Verständnis von Klimawandel, Ökosystemen und Ressourcennutzung. Auch bei der Bergung von Munitionsaltlasten

ist es die Absicht des GEOMAR, mit seiner Expertise eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Zur hervorragenden Forschungsinfrastruktur des GEOMAR gehören Forschungsschiffe, Unterwasserfahrzeuge und modernste Labore. Als Teil der Helmholtz-Gemeinschaft ist das GEOMAR in nationale Forschungsnetzwerke eingebunden. Es spielt eine Schlüsselrolle in der Deutschen Allianz Meeresforschung (DAM), die die Koordinierung und strategische Weiterentwicklung der Meeresforschung in Deutschland fördert.

Auch international genießt das GEOMAR einen exzellenten Ruf in der Meeresforschung. Es ist an zahlreichen internationalen Forschungsprojekten und Kooperationen beteiligt und trägt dazu bei, das Verständnis der Ozeane weltweit zu vertiefen. Ein Beispiel dieser internationalen Zusammenarbeit in der Meeresforschung zeigt sich im Ocean Science Centre in Mindelo auf den Kapverdischen Inseln. Hier kooperieren das GEOMAR und das Instituto do Mar bei Langzeitbeobachtungen im tropischen Nordostatlantik. Somit trägt das GEOMAR erheblich dazu bei, das Verständnis der Ozeane und ihrer Bedeutung für das globale Ökosystem zu vertiefen.

Ein tieferes Verständnis der Meere - ein dringendes Gebot unserer Zeit. Die Ozeane bedecken 71 Prozent der Erdoberfläche. Diese Fläche prägt unser gesamtes Ökosystem. Unsere Existenz hängt entscheidend von der Gesundheit der Meere ab. Auch, weil mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung weniger als 100 Kilometer von der Küste entfernt lebt und hunderte Millionen Menschen für ihren Lebensunterhalt auf die Meere angewiesen sind.

Mittlerweile wissen wir, dass die Weltmeere auch im Kampf gegen den Klimawandel einen erstaunlichen Beitrag leisten. Etwa 30 Prozent des seit Beginn der Industrialisierung in die Atmosphäre gelangten Kohlendioxids haben die Meere aufgenommen. Um dieses Zusammenspiel besser zu verstehen, ist ein umfassendes Verständnis der dort ablaufenden Prozesse

“ Das 14. Ziel erfordert politisches Handeln – lokal und global – und es ist auch eine ethische Verpflichtung. ”

notwendig. Die Wirkungen beeinflussen sich zum Teil gegenseitig oder summieren sich. Diese komplexen, in großen Teilen noch unerforschten Wirkzusammenhänge sind charakteristisch für das Ökosystem Meer und erfordern einen umsichtigen Umgang mit unseren Meeren, die weitere Erforschung der ökosystemaren Zusammenhänge, eine Überwachung des Zustands der Meere und gezielte Schutzmaßnahmen. Die weltweite Meeresforschung spielt deshalb die entscheidende Rolle. Sie hat uns beispielsweise die Augen geöffnet, wo dringender Handlungsbedarf besteht - etwa im Hinblick auf die unsichtbare Mikroplastikverschmutzung.

Dank der Forschung wissen wir, dass die Tiefsee der größte Lebensraum unseres Planeten ist. Unter eigentlich lebensfeindlichen Bedingungen haben sich unzählige hochspezialisierte Lebewesen entwickelt. Dieser Lebensraum bleibt für uns derzeit trotz beeindruckender Forschungswerkzeuge wie Tiefseerobotern immer noch größtenteils fremd und unzugänglich. Wir sind und bleiben daher auf Expertinnen und Experten angewiesen, die für uns die Geheimnisse der Ozeane von der Oberfläche bis zur dunklen Tiefsee erkunden. Mit dem Transfer der daraus gewonnenen Erkenntnisse können dann Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gemeinsam mit der Wissenschaft die richtigen Schritte ergreifen.

Das Leben unter Wasser ist anders. Angepasst, doch bedroht von Müll, Lärm, Nährstoffüberschüssen und Klimawandel. Das 14. Ziel erfordert politisches Handeln - lokal und global - und es ist auch eine ethische Verpflichtung. Für Schleswig-Holstein heißt das zum Beispiel: Wir engagieren uns aktiv für den Ostseeschutz. Die Ostsee prägt unser Leben in Schleswig-Holstein, aber ihr Zustand ist schlecht. Wir müssen besser mit ihr umgehen. Wie das gelingen kann,

darüber wird gerade intensiv diskutiert. Nord- und Ostsee spielen mit ihren charakteristischen Lebensräumen eine große Rolle für die biologische Vielfalt. So bilden die Förden und Seegraswiesen der Ostsee sowie das Wattenmeer der Nordsee zum Beispiel die Kinderstuben von Fischen. Im Frühjahr und im Herbst wandern Millionen Zugvögel zwischen ihren Sommer- und Winterstandorten und nutzen die Küsten der Nord- und Ostsee als Rastgebiete. Weiterhin finden in unseren Meeren Schweinswale, Robben sowie zahlreiche Tiere und Pflanzen des Freiwassers und des Meeresbodens ihre Lebensräume.

An der Westküste Schleswig-Holsteins gibt es zudem einen einzigartigen Lebensraum: das Wattenmeer. Die schleswig-holsteinische Nordseeküste ist von Sylt bis zur Elbmündung mit ihren Inseln und Halligen sowie dem Elbästuar im Süden ein besonders vielfältiger und wertvoller Lebensraum. Typisch sind vor allem die Gezeitendynamik und die speziell an diese Landschaft angepassten Lebensgemeinschaften. Die Einmaligkeit dieses Lebensraumes wurde mit der Ernennung des Wattenmeeres als Weltnaturerbe im Jahr 2009 besonders betont.

Für ein besseres Verständnis zur Schutzbedürftigkeit dieses einzigartigen Ökosystems setzt unsere Nationalparkverwaltung Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer auf Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), um junge Menschen zu reflektiertem Denken und Handeln zu ermutigen.

Da das Ökosystem Meer in seinen Wechselwirkungen und Herausforderungen nicht an Landesgrenzen Halt macht, engagiert sich Schleswig-Holstein im Meeresschutz nicht nur innerhalb des Küstenmeeres, sondern auch in der nationalen, regionalen und internationalen Zusammenarbeit und innerhalb der jeweiligen Rechtsregime, Kooperationen

und Übereinkommen. Erfreulicherweise hat es auf nationaler und europäischer Ebene in den vergangenen Jahren Fortschritte beim Meeresschutz gegeben: Den rechtlichen Rahmen für Schleswig-Holsteins Handeln setzen insbesondere die EU-Meeresschutz-Rahmenrichtlinie (MSRL) sowie die regionalen Meeresübereinkommen HELCOM und OSPAR. Weiterhin umfassen auch Vorgaben des Naturschutzes, insbesondere

die FFH-Richtlinie und die EG-Vogelschutzrichtlinie, Aspekte des Schutzes der marinen Arten und Lebensräume. Schleswig-Holstein ist Partner in der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nord- und Ostsee (BLANO), in der Bund und Länder gemeinsam die Ziele des Meeresschutzes verfolgen. Schleswig-Holstein kann und will als Standort bedeutender Meeresforschung einen Beitrag zum Erreichen des

14. Nachhaltigkeitsziels leisten. Über gemeinsame Anstrengungen von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft können wir sicherstellen, dass unsere Meere im Sinne nachhaltiger Entwicklung bewahrt und genutzt werden. Wir sind schließlich nicht nur Zeugen des faszinierenden Lebens unter Wasser, sondern auch seine Hüter - zum Wohl von uns allen und der Zukunft unserer Kinder.

AKTUELLES

BMZ veröffentlicht Faktencheck zur Entwicklungspolitik

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bietet seit Ende Januar 2024 einen Faktencheck auf seiner Website an. Dieser beantwortet häufig gestellte Fragen an das Ministerium. Damit reagiert die Behörde auf Falschinformationen, die seit Anfang des Jahres im Internet und in den sozialen Netzwerken rund um das Thema Verwendung von Geldern kursieren. Zudem tritt Entwicklungsministerin Svenja Schulze für ein kurzes Aufklärungsvideo vor die Kamera. Das Video „Warum ist Entwicklungspolitik wichtig?“ fasst in unter 100 Sekunden Argumente für Entwicklungspolitik zusammen. „Mit Entwicklungspolitik investieren wir in die Zukunft, auch in die Zukunft der Menschen in Deutschland“, so Entwicklungsministerin Svenja Schulze zur Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für Deutschland als Exportnation - angesichts globaler Herausforderungen und zunehmender Konflikte. Das BMZ

geht im Faktencheck zur deutschen Entwicklungspolitik auf 13 Fragen ein. Darunter sind Richtigstellungen zur Investitionssumme für Fahrradwege in Peru und sogenannte „Gender-Trainings“ in China sowie einer Produktionsstätte des Pharmaunternehmens BioNTech in Ruanda.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, Tel. 030 185350, [poststelle\[at\]bmz.bund.de](mailto:poststelle[at]bmz.bund.de), <https://www.bmz.de/de/fragen-an-das-entwicklungsmministerium>, www.youtube.com/watch?v=n_lbl4Yqq7A

Bundesverband der Deutschen Industrie veröffentlicht Positionspapier

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) e. V. hat ein Positionspapier zum Status der deutschen Entwicklungspolitik veröffentlicht und mit den Worten „Zeit für eine entwicklungspolitische Zeitenwende“ bereits eine Richtung für die Zukunft vorgegeben. Im Vorwort des Berichts verweist der BDI auf die „neue Realität“, die im Zeichen des Ringens um eine neue Weltordnung steht. Im Kern dieses Ringens steht nach Meinung des BDI ein Systemwettbewerb zwischen autokratischen Regimen und demokratischen Staaten - im Zuge dessen zu politischen Machtmanövern mit militärischen und wirtschaftlichen Mitteln gegriffen wird. Länder des Globalen Südens würden sich auch deshalb immer seltener für eine Seite entscheiden wollen. Die Bilanz der Entwicklungspolitik vergangener Jahrzehnte fällt für den BDI dementsprechend nüchtern aus - auch was die Zielsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 betrifft. Voraus-

sichtlich werden rund 85 Prozent der Ziele nicht wie geplant bis 2030 erfüllt sein. In Anbetracht dieser Entwicklungen kommt der BDI zu dem Fazit, dass eine Zeitenwende der Entwicklungspolitik notwendig sei, da die Entwicklungszusammenarbeit in vielen Ländern keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung befördert habe, der Großteil der SDGs nicht bis 2030 erreicht sein werde und der globale Systemwettbewerb kein „Weiter so“ erlaube.

Info: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) e. V., Breite Straße 29, 10178 Berlin, Tel. 030 20280, [info\[at\]bdi.eu](mailto:info[at]bdi.eu), <https://bdi.eu/publikation/news/zeit-fuer-eine-entwicklungspolitische-zeitenwende>

Antwort des BMZ auf Positionspapier des BDI: Ein Streit, der keiner ist

BMZ-Staatssekretär Jochen Flasbarth widerspricht der BDI-These, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sei zu ineffizient und nicht im Sinne deutscher Interessen. Vielmehr fehle es deutschen Firmen bisweilen „an zupackendem Unternehmergeist“. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wirft der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in einem Positionspapier vor, zu ineffizient, zu wenig partnerorientiert und nicht im Sinne deutscher Interessen zu handeln. Damit beschreibt der Verband einen Konflikt zwischen wirtschaftlichen und deutschen Interessen einerseits und entwicklungspolitischen Vorgehen andererseits, den es gar nicht gibt. Niemand sollte das besser wissen als die derzeitige BDI-Spitze. Denn im Grunde sind sich das Entwicklungsministerium (BMZ) und der BDI in vielen Punkten einig. Es würde ein Hauch von „Vollkasko-Mentalität“ durch die BDI-Position wehen, so Flasbarth. Viele deutsche Unternehmen würden nur investieren, wenn es eine entsprechende Absicherung gebe. Zwar sei es richtig, dass Investitionen in Nachbarländer besser

geschützt werden müssten, allerdings bedürfe es dabei auch einer gewissen Bereitschaft zur „eigenen Markterschließung“. Voraussetzung dafür bleibe aber die Stabilität der entsprechenden Partnerländer. „Wird die Stabilität in unseren Partnerländern gefährdet, riskieren wir auch unseren Wohlstand in Deutschland“, sagt Jochen Flasbarth. Umgekehrt würde eine Stärkung dieser Länder auch Deutschland stärken. Nach Meinung des BMZ-Staatssekretärs bleibt „der etwas fade Geschmack, dass der BDI mit seinem Positionspapier auf einer gerade aktuellen Welle populistischer Kritik surft.“

Info: Table Media GmbH, Wöhlertstraße 12-13, 10115 Berlin, Tel. 030 30809520, [subscription\[at\]table.media](mailto:subscription[at]table.media), <https://table.media/africa/standpunkt/jochen-flasbarth-ein-streit-der-keiner-ist>

Enquete-Kommission veröffentlicht Zwischenbericht „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“

23 Jahre ist es her, dass der Bundestag die Beteiligung am Einsatz in Afghanistan beschloss und sich damit an dem „weltweiten Kampf gegen den Terrorismus“ beteiligte, den der ehemalige US-Präsident George W. Bush nach den Anschlägen am 11. September 2001 ausgerufen hatte. Die Bundesregierung hat am 22. Februar 2024 im Zuge der Veröffentlichung des Zwischenberichts der Enquete-Kommission über das künftige vernetzte Engagement Deutschlands diskutiert. Die Enquete-Kommission hatte sich gemäß ihrem Auftrag in der ersten Phase ihrer Arbeit mit dem knapp 20-jährigen deutschen Engagement in Afghanistan und dessen Aufarbeitung beschäftigt. Direkt zu Beginn des Berichts hält die Kommission fest, dass mit dem Abzug und der Machtübernahme der Taliban 2021 Deutschland gemeinsam mit seinen internationalen Partnern strategisch gescheitert ist, Ergebnisse und gesteckte Ziele dauerhaft abzusichern. Deutschland habe das Ziel eines Staatsaufbaus mit rechtsstaatlichen Institutionen und einer

weitreichenden gesellschaftlichen Transformation verfolgt. Allerdings fehlte es der internationalen Gemeinschaft an einer langfristigen und mit den vorhandenen Fähigkeiten und Ressourcen realistisch umsetzbaren Strategie zur Förderung eines stabilen Afghanistans, heißt es im Zwischenbericht weiter. Nichtsdestotrotz sei der Afghanistan-Einsatz ein Anlass für einen Lernprozess gewesen, auf dessen Grundlage zukünftige Einsätze beurteilt werden könnten.

Info: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 2270, [mail\[at\]bundestag.de](mailto:mail[at]bundestag.de), www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/enquete_afghanistan

Messe Fair Handeln & Entwicklungspolitische Landeskongress 2024

Vom 4. bis 7. April 2024 findet die Messe Fair Handeln in Stuttgart statt. Die internationale Messe zeigt alles rund um Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln. Sie ist Informations- und Kontaktbörse für die Branche, für Medien, für Entscheidungsträgerinnen und -träger, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Engagierte. Viele Stände in den Ausstellungsbereichen Entwicklungszusammenarbeit, verantwortliche Unternehmensführung und nachhaltiger Tourismus, Finanzen oder Fashion laden das Publikum zum Mitmachen ein. Zudem erwartet die Gäste ein vielfältiges Fachprogramm, wie u. a. am 6. April die Entwicklungspolitische Landeskongress im Rahmen

des Dialogs „Welt:Bürger gefragt!“. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) organisiert die Fair Handeln gemeinsam mit der Messe Stuttgart. Alle Informationen und Tickets unter: www.messe-stuttgart.de/fairhandeln.

Info: Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Werastraße 24, 70182 Stuttgart, Ansprechpartnerin: Raquel Dischinger, Tel. 0711 2102935, [dischinger\[at\]sez.de](mailto:dischinger[at]sez.de), <https://sez.de/projekte/fair-handeln/die-messe-fair-handeln>

PUBLIKATIONEN

DEval-Publikation: Die Agenda 2030 in der öffentlichen Meinung

Wie bekannt sind die Nachhaltigkeitsziele? Wie schätzt die Bevölkerung die Erreichbarkeit der Ziele sowie eigene Einflussmöglichkeiten und Beiträge zu ihrer Erreichung ein? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Policy-Brief „Die Agenda 2030 in der öffentlichen Meinung: Eine Halbzeitbilanz“ des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), der zu Beginn des Jahres 2024 veröffentlicht wurde. Der Publikation zufolge kennen neun Prozent der Bevölkerung die Nachhaltigkeitsziele. Die Bekanntheit der Nachhaltigkeitsziele ist seit 2015, dem Jahr der Verabschiedung der Agenda 2030, nicht gestiegen. Die Bevölkerung ist zudem skeptisch, dass die Ziele bis 2030 erreicht werden können. Ihre eigenen Einflussmöglichkeiten und tatsächlich geleisteten Beiträge stuft sie moderat bis gering ein. Die vollständige Publikation ist über den unten aufgeführten Link kostenfrei abrufbar. Das DEval ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beauftragt, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu analysieren und zu bewerten. Durch seine Arbeit sollen Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit transparenter gemacht werden.

Info: DEval - Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit, Fritz-Schäffer-Straße 26, 53113 Bonn, Ansprechpartner: Dr. Sebastian Schneider, Tel. 228 336907977, [sebastian.schneider\[at\]deval.org](mailto:sebastian.schneider[at]deval.org), www.deval.org/de/publikationen/policy-brief-die-agenda-2030-in-der-oeffentlichen-meinung-eine-halbzeitbilanz

ANGEBOTE

Rätseln fürs Wasser: Escape Game in Friedrichskoog und Hörnum (Schleswig-Holstein)

Vier mysteriöse Kisten. Eine Vielzahl von Geheimnissen. Und nur eine Stunde Zeit. Wer wagt sich in das Rätselmeer und knackt das Escape Game mit Nachhaltigkeitsfaktor? Aus dem Wattenmeer vor der Seehundstation Friedrichskoog und der Schutzstation Wattenmeer in Hörnum/Sylt sind vier mysteriöse Kisten aufgetaucht. Sie warten darauf, von Familien, Gruppen und Rätselfans geöffnet zu werden - aber vorher müssen noch ein paar Codes geknackt werden. Das entwicklungspolitische Rätselspiel von Engagement Global fordert Spürsinn und Forschergeist heraus. Wissen über Meere, Wassertiere und das 14. der 17 Nachhaltigkeitsziele sind Trumpf, um die Kisten vor Ablauf einer Stunde zu öffnen. Als Teil des Programms Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland (EBD) von Engagement Global fördert diese moderne Bildungsraffale zu Ziel 14 auch die kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen globaler Entwicklung und



ermutigt zu Engagement für mehr Nachhaltigkeit. Das Spiel ist für Kinder ab zehn Jahren geeignet und kostenfrei. Es muss lediglich der Eintritt zu den Stationen bezahlt werden. Über deren Websites erfolgt auch die Anmeldung: www.seehundstation-friedrichskoog.de, www.schutzstation-wattenmeer.de/unsere-stationen/hoernum-sylt

Info: Engagement Global gGmbH, Außenstelle Hamburg, Osterstraße 58, 20259 Hamburg, Telefon: 040 421065-80, [aussenstelle.hamburg\[at\]engagement-global.de](mailto:aussenstelle.hamburg[at]engagement-global.de), www.engagement-global.de/aussenstelle-hamburg.html

AUS WELT, BUND UND LÄNDERN

BUND

Bund: Ehemalige Politikerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und weitere Ex-Politiker fordern höhere Ausgaben für Entwicklungspolitik

Der neue Bundeshaushalt war noch gar nicht offiziell beschlossen und wurde bereits stark kritisiert. Die Kritik ist nicht weniger geworden - im Gegenteil. Aufgrund der geplanten Kürzungen für 2024 bei der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens fordern nun die ehemalige Politikerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und weitere Ex-Politiker verschiedener Parteien gemeinsam eine Umkehr. Sie warnen die Bundesregierung vor einer einseitigen Fokussierung auf Militärausgaben und weiteren Kürzungen bei der Entwicklungshilfe. „Sicherheit in Deutschland und der Welt beruht neben Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit genauso auf Investitionen in die globale Entwicklung“, heißt es in dem am 15. Februar veröffentlichten Appell, der unter anderem vom frühen Bundespräsidenten Horst Köhler, der ehemaligen Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) und dem ehemaligen Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) unterzeichnet wurde. Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) begrüßte die Initiative. Gerade jetzt, wo die Entwicklungspolitik von rechts angegriffen werde, sei der Grundkonsens unter den demokratischen Parteien wichtig: „Unser Engagement ist Ausdruck globaler Verantwortung und Basis für Sicherheit und Wohlstand in Deutschland“, erklärte sie im Internetdienst X. Trotz gravierender Krisen und steigendem Hunger weltweit hat die Ampel-Regierung bei der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit für 2024 deutliche Einschnitte beschlossen.

Allein das Entwicklungsministerium soll in diesem Jahr rund eine Milliarde Euro weniger bekommen als 2023.

Info: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH, Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt am Main, Tel. 069 580980, [info\[at\]gep.de](mailto:info[at]gep.de), www.evangelisch.de/inhalte/227060/15-02-2024/ex-spitzenpolitiker-fordern-hoehere-ausgaben-fuer-entwicklungspolitik

BADEN-WÜRTTEMBERG

Mindchangers Youth Declaration: Forderungen und Vorschläge zur Überwindung von Barrieren für junges Engagement

Baden-Württemberg ist eine von sechs Projektregionen des EU-Projekts „Mindchangers – Regions and Youth for Planet and People“. Es fördert junge Menschen, die sich weltweit für die Ziele der Agenda 2030 und globale Gerechtigkeit einsetzen. Mindchangers will junge Menschen als aktive Akteurinnen und Akteure einer sozio-ökologischen Transformation auf lokaler und internationaler Ebene mobilisieren und fördert ihr Engagement insbesondere in den Themenbereichen Klimagerechtigkeit, Klimawandel und Migration. Besonders wichtig ist hierfür eine gute Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft und Kommunen. Die Engagierten sehen sich jedoch europaweit mit denselben Barrieren und Herausforderungen konfrontiert. Im Rahmen des Mindchangers International Youth Meetings vergangenen Herbst in Stuttgart erarbeiteten die Delegierten konkrete Vorschläge, um die Barrieren für junges Engagement zu bewältigen. In der „Mindchangers Youth Declaration“ verabschiedeten sie umfassende Forderungen und Handlungsempfehlungen in sechs Bereichen: Anerkennung, finanzielle Kompensation, zivilgesellschaftliche Strukturen, physische und mentale Gesundheit, Bildung und Vertrauen in junge Menschen. Das vollständige Dokument steht über den unten aufgeführten Link der Website der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) zum Download zur Verfügung.

Info: Staatsministerium Baden-Württemberg, Referat 53, Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart, Ansprechpartnerin: Carolin Grasi, Tel. 0711 2153662, [carolin.grasi\[at\]stm.bwl.de](mailto:carolin.grasi[at]stm.bwl.de), <https://sez.de/projekte/mindchangers-regions-and-youth-for-planet-and-people-2/mindchangers-youth-declaration>

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Delegation aus Ghana in Mecklenburg-Vorpommern

In der letzten Novemberwoche 2023 ist eine Delegation aus dem UNESCO-Biosphärenreservat Lake Bosomtwe (Ghana) ins tief verschneite Mecklenburg-Vorpommern gereist. Die kleine Delegation bestand aus der Managerin des Biosphärenreservats Lake Bosomtwe, dem Landrat des Bosomtwe District sowie aus zwei Vertretern des CREMA (Community Resource Management Area)-Komitees Ghana. Zwischen Bosomtwe-See und dem UNESCO-Biosphärenreservat

Schaalsee-Elbe besteht seit 2018 eine rege Partnerschaft und ein fachlicher Austausch über die Möglichkeiten und Wege, in Ghana den Reservat-Tourismus behutsam auszubauen. Auf dem Weg dahin stellen vor allem die fehlende Unterstützung seitens der ghanaischen Regierung und mangelnde Einsicht der Fischer hinsichtlich des Themas Überfischung zwei große Herausforderungen dar. Eine Antwort darauf heißt: Bildung für nachhaltige Entwicklung. Diese ist notwendig, um die Bevölkerung vor Ort mitzunehmen und so für die Sache zu gewinnen. Die Delegation konnte viele Kontakte knüpfen bei den Besuchen des Wasserwerkes in Stavenhagen, im Nationalen Naturmonument Ivenacker Eichen und im Nationalparkzentrum Königsstuhl auf Rügen. Hier fand auch ein Abschlussworkshop statt. Möglichkeiten zur finanziellen Abwicklung des zukünftigen Projekts wurden beim Abendessen in den Räumen des Netzwerks Eine Welt-Landesnetzwerk Rostock besprochen. Nun ist der nächste Schritt die von der Bingo-Lotterie gestellten Gelder für dieses Projekt nach Ghana zu transferieren, damit die Theorie in die Praxis umgesetzt werden kann.

Info: Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt, Dreescher Markt 2, 19061 Schwerin, Ansprechpartnerin: Sabine Beck, Tel. 0385 58816277, [s.beck\[at\]lm.mv-regierung.de](mailto:s.beck[at]lm.mv-regierung.de), www.regierung-mv.de/Landesregierung/lm

NIEDERSACHSEN

Zweites Werkstattgespräch „Vielfalt in/für Entwicklung“ des Runden Tisches Entwicklungspolitische Leitlinien

Am 28. November 2023 hat das zweite Werkstattgespräch zum Thema „Vielfalt in/für Entwicklung“ in Hannover stattgefunden. Zunächst hielt Renate Bähr von UN Women Deutschland e. V. ein Impulsreferat zu Frauenrechten weltweit. Im Anschluss trug Birgit Dittrich von terre des hommes Deutschland e. V. zu Kinderrechten mit Schwerpunkt Partizipation vor. Aufbauend auf diesen Informationen wurde diskutiert, welchen Beitrag Niedersachsen zu Frauen- und Kinderrechten weltweit leisten kann. Die 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Zivilgesellschaft und niedersächsischen Ministerien wünschen weitere gemeinsame Aktionen zu dem Thema. Diesem Wunsch soll 2024 nachgekommen werden. Am Runden Tisch Entwicklungspolitische Leitlinien nehmen Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft (Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, entwicklungspolitische Akteure, Wirtschaft, Wissenschaft) sowie der Kommunen und Fachressorts teil. Von der Niedersächsischen Staatskanzlei wird

jährlich ein Werkstattgespräch zu einem aktuellen entwicklungspolitischen Schwerpunkt organisiert, um eine Dialog-Plattform und die Möglichkeit der Netzwerkpflge anzubieten.

Info: Niedersächsische Staatskanzlei, Planckstraße 2, 30169 Hannover, Ansprechpartnerin: Kathrin Radtke, Tel. 0511 1206809, [kathrin.radtke\[at\]stk.niedersachsen.de](mailto:kathrin.radtke[at]stk.niedersachsen.de), www.stk.niedersachsen.de

Partnerschaftsabkommen mit der ukrainischen Oblast Mykolajiw unterzeichnet

Der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil und der stellvertretende Gouverneur der Oblast Mykolajiw, Mykola Marinov, haben am 19. Februar 2024 ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet. Das Land Niedersachsen wird die Oblast Mykolajiw im Rahmen der Solidaritätspartnerschaft unterstützen durch humanitäre Hilfe, Unterstützung beim Wiederaufbau, wirtschaftliche Zusammenarbeit und bei der EU-Integration. Wichtig dabei ist die Bildung von Partnerschaften in Bereichen wie Bildung und Wissenschaft, Justiz und Polizei, nachhaltige Entwicklung sowie auf kommunaler Ebene. Für die Unterstützung der Partneroblast sind im Landeshaushalt 2024 zwei Millionen Euro eingeplant. Die Oblast Mykolajiw liegt im Südosten der Ukraine am Schwarzen Meer, zwischen den Oblasten Odessa und Cherson. In der Stadt leben rund 1,1 Millionen Menschen. In den ersten Wochen des Krieges scheiterte der Versuch der russischen Armee, die Oblast und die Hauptstadt einzunehmen. Dennoch gibt es nach wie vor regelmäßige Raketenangriffe auf Mykolajiw. Die Wirtschaft ist insbesondere durch die Häfen, Werften und das Kernkraftwerk Südukraine geprägt.

Info: Niedersächsische Staatskanzlei, Planckstraße 2, 30169 Hannover, Tel. 0511 1206946, [pressestelle\[at\]stk.niedersachsen.de](mailto:pressestelle[at]stk.niedersachsen.de), www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Neues Projekt zur Unterstützung der Erdbebenopfer in der Türkei

Die Erdbeben in der türkisch-syrischen Grenzregion am 6. Februar 2023 zählen zu den schlimmsten Naturkatastrophen der vergangenen hundert Jahre. Mehr als zwei Millionen Menschen wurden über Nacht obdachlos, viele sind auf Hilfe angewiesen. Bei einer Gedenkveranstaltung des Vereins „KulturForum TürkeiDeutschland“ zum ersten Jahrestag der Katastrophe hat Nathanael Liminski – Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales – ein neues Projekt zur Unterstützung der Erdbebenopfer angekündigt: 100 psychosoziale Fachkräfte werden in Workshops weitergebildet, um lokale Strukturen zur psychosozialen Unterstützung der Bevölkerung aufzubauen und zu stärken. Die Landesregierung fördert das Projekt mit rund 100.000 Euro. Unter der Leitung des Experten für transkulturelle Psychotherapien und Traumapädagogik, Professor Jan Ilhan Kizilhan vom Institut für transkulturelle Gesundheitsforschung der Dualen Hochschule Baden-Württemberg

in Stuttgart, werden einwöchige Fortbildungen für Psychologinnen und Psychologen sowie Sozialarbeitende im Erdbebengebiet angeboten.

Info: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 8371134, [presse\[at\]stk.nrw.de](mailto:presse[at]stk.nrw.de), www.land.nrw/pressemitteilungen

SAARLAND

The Blue Mind e. V. vermittelt Meer-Wissen

Die Ozeane bedecken mehr als 70 Prozent unseres Planeten und bilden das größte zusammenhängende Ökosystem der Erde. Dieses für uns überlebenswichtige Ökosystem, das Meer, ist leider stark bedroht: Klimawandel, Meeresverschmutzung und Überfischung setzen den Ozeanen immer weiter zu. Dies gefährdet nicht nur das Leben unter Wasser, sondern schlussendlich auch unser eigenes. Das Team von Blue Mind e. V. möchte, getreu dem Motto „Meer verstehen“, Menschen durch hochwertige Bildung zum Schutz unserer Ozeane anregen. Durch altersgerechte und praxisnahe Vorträge, Lehrfilme und Experimente können sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit relevanten Themen wie der Plastikvermüllung, dem Klimawandel und der Überfischung der Meere auseinandersetzen und praxisnahe Lösungen für ihren Alltag erarbeiten. The Blue Mind ist Teil des saarländischen BNE-Netzwerks. Das Angebot wird vom Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz des Saarlandes gefördert und steht saarländischen Schulen kostenlos zur Verfügung.

Kontakt: Dr. Frauke Bagusche – 1. Vorstandsvorsitzende, www.thebluemind.org, [saarland\[at\]thebluemind.org](mailto:saarland[at]thebluemind.org), Tel. Mo-Fr (10-16 Uhr): 0681 93310783

Mehr Informationen für schulische Bildungsaktivitäten erhalten Sie auch bei der Landeskoordinatorin BNE des Saarlandes, Dr. Daniela Schmitz, [BNE\[at\]bildung.saarland.de](mailto:BNE[at]bildung.saarland.de), Tel. 0681 5016628

Info: Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes, Referat B5 Entwicklungszusammenarbeit, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Demokratiepädagogik, Trierer Straße 33, 66111, Saarbrücken, Tel. 0681 5016654, [entwicklungszusammenarbeit\[at\]bildung.saarland.de](http://entwicklungszusammenarbeit[at]bildung.saarland.de), www.saarland.de/mbk/DE/portale/entwicklungszusammenarbeit/home/home_node.html



SACHSEN

Neue Website der Uganda-Sachsen Partnerschaft

Zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Uganda läuft seit 2017 stetig Kooperationszusammenarbeit: Im Juli 2021 wurden Covid-19-Schnelltests sowie OP- und FFP-Masken verschickt, im Januar 2023 zehn Beatmungsgeräte gespendet. Delegationen aus Sachsen sind im Juni 2022 sowie im Juli 2023 nach Uganda gereist. Zuletzt fand im November 2023 ein Fachtag in Leipzig statt. Die Partnerschaft soll auch in Zukunft Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Schulen und Diaspora verbinden. Neu ist die Website der Uganda-Sachsen Partnerschaft (www.uganda-sachsen-partnerschaft.de). Sie macht das Engagement und aktuelle Termine sächsischer Vereine, Initiativen und Schulen in Uganda sichtbar. In der Rubrik Länderinfo finden sich Fakten zu Kultur, Klima und Tourismus im ostafrikanischen Land. Des Weiteren gibt es Informationen zu Uganda sowie über internationale Partnerschaftsarbeit und Fördermöglichkeiten. In den kommenden Wochen sollen weitere Inhalte folgen. Für das Projekt „SDG - Sachsen denkt global - Sachsen und Uganda gut vernetzt“ arbeitet das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen (ENS) in Kooperation mit dem Katosi Women Development Trust. Das Projekt trägt unter anderem dazu bei, das Nachhaltigkeitsziel 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ zu verwirklichen.

Info: Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen (ENS) e. V., Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Tel. 0351 43837864, kontakt[at]einewelt-sachsen.de, www.uganda-sachsen-partnerschaft.de

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS), Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
redaktion-rundbrief@wusgermany.de, www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V. i. S. d. P.), Carlos dos Santos,
Bastian Ivens, Joachim Janas

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an [redaktion-rundbrief\[at\]wusgermany.de](mailto:redaktion-rundbrief[at]wusgermany.de) oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

Unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei. Schleswig-Holstein und Thüringen.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

Jahresthema 2024:

Menschenwürdige Arbeit für eine nachhaltige Wirtschaft

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd stellt mit ihrem Jahresthema 2024 „Menschenwürdige Arbeit für eine nachhaltige Wirtschaft“ Projekte der Deutschen Länder, des Bundes und der Zivilgesellschaft vor, die sich dem Thema „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ (Nachhaltigkeitsziel 8) widmen. Wir freuen uns über die Zusendung von Ankündigungen, Berichten und weiteren Meldungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de).

www.informationsstelle-nord-sued.de

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Senden Sie Ihre Veranstaltungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de).

www.eine-welt-veranstaltungskalender.de